

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Die Menschen nicht unter die Erde verbannen

Man könnte sich freuen auf die neue Straßenbahnachse, würde die herrschende Stadtpolitik nicht ein Projekt draus machen, bei dem nicht die Menschen, sondern die Autos im Vordergrund stehen.

Dass der öffentliche Verkehr in Linz ausgebaut werden muss, darüber besteht weitgehend Einigkeit. Doch die Pläne der Stadtregierung laufen darauf hinaus, die Menschen unter die Erde

zu verbannen, um Platz für den motorisierten Individualverkehr zu schaffen. Die geplante Straßenbahnlinie 4 unter der Erde würde ein Vielfaches kosten im Vergleich zu einer Trassenführung

auf der Straße. Platz wäre hier genug vorhanden. Oder man macht diese Pläne nur, weil es den Verantwortlichen nicht ernst ist mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs?



Gerlinde Grünn
KPÖ-Gemeinderätin

Hallo. Wie geht es unserer Stadt?

Die Lebensqualität in einer Stadt steigt, je gerechter Wohlstand und Macht verteilt sind.

Entscheidend dabei ist: Wer ist wichtig und auf wen wird vergessen. Kurzum: Wer bekommt das größte Stück vom Kuchen und wer muss sich mit den Brosamen begnügen.

Teilhabe für alle

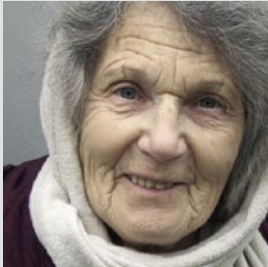
Fließen die Gelder in die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs oder

versickern sie in Prestigeprojekten. Gelten Menschenrechte für alle oder bestimmen Ordnungsorgane wer sich in der Stadt legal bewegen darf. Sind Frauen im öffentlichen Raum präsent oder zählen nur große Männer.

Gutes Leben in der Stadt heißt gleiche Rechte und Teilhabe für alle.

Noch mehr Geld für die Linzer Stadtwache?

Die seit 1. September 2010 aktive Stadtwache soll von 18 auf 30 Bedienstete aufgestockt, dafür eine Million Euro mehr ausgegeben werden.



Erika Zendron Pensionistin

Wenn ich in Linz unterwegs bin, fühle ich mich weder unsicher noch gefährdet. Für wirkliche Notfälle gibt es ohnehin die Polizei, die für die Ordnung zuständig ist. Ich brauche daher keine Stadtwache. Das viele für die Stadtwache aufgewendete Geld sollte sinnvoller verwendet werden, etwa im Sozialbereich.



Huckey Renner Musiker (Texta)

Jetzt wird der Schwachsinn auch noch aufgestockt. Amoralischer geht's nicht. Wieviel rassistische Anfeindungen und Beleidigungen normalen menschlichen Verhaltens kann diese Stadt noch verkraften? Und überhaupt: Eine weitere Million in den Wind schießen? Hallo! Gehts noch? Jetzt aber wirklich: Stop the Stadtwachemadness!



Barbara Zach Bildungsarbeiterin

Migrant_Innen und Asylwerber_innen leben jetzt schon in Angst und Unsicherheit: vor dem Abschiebungsbescheid, Polizeikontrollen und dem allgegenwärtigen Rassismus. Eine weitere uniformierte Truppe erhöht ihr Unsicherheitsgefühl. Der Kampf gegen die Stadtwache ist für mich auch ein Kampf gegen rassistische Strukturen.

Nicht nur ein Tag der Geschichte

Am 8. März ist der Internationale Frauentag.

Auch heuer wird die Frage gestellt: Ist der Frauentag Schnee von gestern? Und irgendein journalistisches Wunderkind wird wieder meinen, es sei souverän und weltklug-zynisch, den Frauentag mit dem Tag des Apfels oder sonst was zu vergleichen.

Heuer jährt sich der Frauentag zum hundertsten Mal. Aber welche der Forderungen des ersten Frauentages sind erfüllt? Da wären

das Frauenwahlrecht, die Gleichberechtigung, der Frieden. Wahlrecht: weitgehend ja; Gleichberechtigung: sieht anders aus; Frieden weltweit: keine Spur.

Noch immer nichts zu lachen

Daher brauchen wir den Internationalen Frauentag. Weil Frauen für gleiche Arbeit immer noch schlechter bezahlt werden, den größten Teil der Betreuungs- und Hausarbeit machen müssen und sich das von selber nicht ändert. Und weil sich nur etwas bewegt, wenn wir dran rütteln.



Bärbel Staub
FH-Studentin

Öffentlichen Verkehr ausbauen

Die KPÖ ist für eine grundlegende Wende in der Verkehrspolitik. Weder die zweite Straßenbahnachse in der nun geplanten Form und schon gar nicht der Westring sind Verkehrslösungen für die Zukunft und die Menschen in dieser Stadt.



Beim ersten Hinsehen könnten die zwei Projekte Westring-Autobahn und die neue Straßenbahnlinie im Osten unterschiedlicher nicht sein. Bei genauerem Hinsehen gibt es aber sehr wohl Parallelen. Beide Vorhaben sind veraltet und entsprechen nicht einer modernen, zukünftigen Verkehrspolitik.

Prestigeprojekte

Sie sind Prestigeprojekte die viel Geld kosten und ohne Beteiligung der Bevölkerung geplant wurden. Was der Bauwirtschaft Freude macht, stellt sich nicht gerade als ein großer Wurf heraus. Im Gegenteil: Der Westring wird neue Belastungen für die Linzer Bevölkerung bringen. Eine Autobahn wie der

Westring kann nur größtenteils als Tunnel geführt werden. Niemand will eine mehrspurige Schnellstraße mitten durch die Stadt.

Lärm und Gestank

Aber überall dort wo die Straße dann aus der Erde kommt, z.B. beim Hauptbahnhof oder im Donautal mit der neuen Brücke, werden Lärm und Gestank durch noch mehr Autos noch größer sein, als sie schon jetzt sind. Nebenbei gibt es auch für die Abgase im Tunnel keine Lösung.

Ganz anders bei der geplanten neuen Straßenbahnachse. Drei Viertel der Strecke soll unterirdisch gebaut werden. Eine Straßenbahn gehört wie der Name schon sagt aber nicht unter die Erde,

sondern auf die Straße und nur ausnahmsweise für kurze Strecken unterirdisch geführt. Tunnelführung und -haltestellen sind viel teurer und weniger attraktiv für die Fahrgäste.

Wende im Verkehr

Wir sind für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Es muss aber der zusätzliche Nutzen für die Fahrgäste oberste Priorität haben. Prestigeprojekte wie die U-Straßenbahn kosten viel Geld wenn sie jemals gebaut werden sollten. Geld, das für einen attraktiven öffentlichen Verkehr, z.B. für kürzere Wartezeiten, längere Betriebsdauer von Buslinien oder der Einbindung der Umlandgemeinden in das Öffi-Netz dann fehlt.

Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

Nazi-Relikte am Flohmarkt

Mit einer Anfrage thematisierte die KPÖ den Verkauf von NS-Relikten am Hauptplatzflohmarkt. GR Grünn urgierte dazu stärkere Kontrollen und forderte, „einschlägigen“ Händlern die Standgenehmigung zu entziehen.

Öffi-Behinderung entschärft

Ein Erfolg der KPÖ: Noch im Oktober hatte VBgm. Luger in der Frage der Behinderung von Straßenbahn und Bergbahn durch parkende PKW in der Hauptstraße auf die künftige unterirdische Führung des öffentlichen Verkehrs vertröstet. Im Jänner wurden fünf Poller angebracht, die das Öffi-behindernde Parken künftig verhindern.

Die Stadt bleicht bis 2025

91,5 Millionen Euro kostet die Umfahrung Ebelsberg, davon sind noch 40,2 Millionen Euro offen. Laut Bürgermeister Dobusch dauern die Zahlungen der Stadt noch bis 2025. Der Rechnungshof hatte die Finanzierung des Projekts per Leasing durch Raiffeisen kritisiert.

ÖVP am populistischen Glatteis

Gereizt reagierte ÖVP-Klubchef Führlinger, als GR Grünn meinte „Genauso gut wie man von ZuwanderInnen die Einhaltung der Gesetze verlangt und sie das sogar noch unterschreiben lässt, könnte man das auch von ÖVP-PolitikerInnen verlangen“. Und Grünn stellte klar, dass ein Regelkatalog für MigrantInnen keine sozialen Probleme löst, sondern nur das politische Klima verschärft.

(K)ein Park für Henriette

Parkbenennung als Zeichen gegen das Vergessen

Im Zuge der Neugestaltung des Gevierts Landstraße-J.K.Vogel-Straße-Hessenplatz-Bismarckstraße wurde ein Park errichtet. Die KPÖ startete eine Initiative, diesen Park nach der Schriftstellerin Henriette Haill zu benennen.

Der vergessene Engel

Henriette Haill wuchs in ärmlichen Verhältnissen am Römerberg auf und

erlebte die Umbrüche des 20. Jahrhunderts mit. Sie war eine begabte und als Kommunistin Zeit ihres Lebens eine politisch engagierte Schriftstellerin. Die Anerkennung für ihr literarisches Schaffen blieb ihr auf Grund ihres Geschlechts, ihrer Gesinnung und ihrer Bescheidenheit allerdings verwehrt. 57 Persönlichkeiten unterstützten diese Initiative. Leider ist Bgm. Dobusch nicht bereit den Vorschlag aufzugreifen, er sagte jedoch zu, eine Straße nach Henriette Haill zu benennen.



Liebesdienste für Nobelwirte und Raiffeisen

Seltsam, die Stadt Linz kauft unter dem Titel „Kulturförderung“ Objekte und verpachtet Gasthäuser und verkauft gleichzeitig städtische Wohnhäuser an Raiffeisen.

Als KPÖ-Gemeinderätin Grün im November 2010 den Kauf des „Schwarzen Anker“ ablehnte, sah sich Bürgermeister Dobusch veranlasst weit auszuholen und die Übernahme verschiedener Ob-

jekte durch die Stadt zur „Verhinderung eines Wirtshaussterbens“ wortreich zu verteidigen.

Freilich handelt es sich beim Oberwirt, Fischerhäusl, Pöstlingbergschlössl und zuletzt Urbanides durchwegs um Lokale mit „gehobenem“ Publikum und einem guten Draht zur Politik. Auf der Kehrseite werden viele kleine LokalbetreiberInnen durch behördliche Auflagen drangsaliert und müssen deswegen oft wieder aufgeben.

Liebesdienst für Raiffeisen?

Selten schweigsam waren der Bürgermeister und Finanzstadtrat Mayr hingegen, als die KPÖ im Oktober als einzige Partei den Verkauf eines städtischen, von der GWG verwalteten Wohnobjekts Schillerstraße 64-66 ablehnte. Käufer war die zum Raiffeisen-Imperium gehörende Immobilienfirma SGS und offenbar steht das Objekt den Expansionsplänen der Raiffeisen Landesbank im Wege.

Aktuell, Nummer 02, März 2011

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web http://ooe.kpoe.at; Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); Druck: digitaldruck.at, Leobersdorf

Antwortkarte (oder E-Mail an ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

(Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.)

- Kommunalprogramm
- Probeexemplar „Café KPÖ“
- Probeexemplar „Volksstimme“
- Probeexemplar „Die Arbeit“
- Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Postgebühr
zahlt
Empfänger!

**An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz**